

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Hans Urbaniak MdB hält die Vorschriften zu den Betriebsratswahlen für korrekturbedürftig.

Seite 1/2

Klaus Immer MdB beklagt die Interessen-Gegensätze bei der Rheuma-Bekämpfung.

Seite 3/4

Die Regierungsmannschaft von Karl Ravens bringt die Niedersachsen-CDU in Verlegenheit.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 101

31. Mai 1978

Vorschriften für Betriebsratswahlen vereinfachen

Beim Betriebsverfassungsgesetz sind auch Mängel deutlich geworden

Von Hans Urbaniak MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Das Betriebsverfassungsgesetz ist sechs Jahre in Kraft. Es hat sich in der Praxis bewährt - gerade in wirtschaftlich schwieriger Zeit. Mit der Erprobungsphase sind aber auch Mängel deutlich geworden. Nach meiner Auffassung wird es bei einer Weiterentwicklung darauf ankommen, die Beteiligungsrechte des Betriebsrates zu stärken, seine Arbeitsgrundlagen zu verbessern und die Rechte der Gewerkschaften in der Betriebsverfassung auszubauen. Das Ansinnen einzelner Gruppierungen, Sprecherausschüsse leitender Angestellter in der Betriebsverfassung zu verankern, muß entschieden zurückgewiesen werden. Die Arbeitnehmervertreter müssen geschlossen den Arbeitgebern gegenüberreten, um eine Chance zu haben, die berechtigten Forderungen durchzusetzen. Eine Aufsplitterung wäre ein Schritt in die falsche Richtung.

Nach den diesjährigen Betriebsratswahlen wird Bilanz zu ziehen sein. Berichte über "Pannen" sind hier und da aufgetaucht. Vor vorsehrlichen Wertungen sollte man sich aller-

dings hüten, und kann auch nicht einfach behaupten - wie nachzulesen war - die Wahlbestimmungen seien mangelhaft. Wenn das "Handelsblatt", das im allgemeinen nicht gerade als arbeitnehmerfreundlich anzusehen ist, aus den diesjährigen Wahlen den Schluß zieht, die gemeinsame Wahl der Arbeiter und Angestellten solle als Regelfall vorgesehen werden, so kann man das nur begrüßen. Das ist exakt die Position, die auch der DGB vertritt. Kostengesichtspunkte sollten dabei allerdings nicht die ausschlaggebende Rolle spielen, denn es kann keinen Zweifel geben, daß demokratische Wahlverfahren aufwendig sind. Vielmehr sollten die gemeinsamen Interessen zum gemeinsamen Wahlverfahren führen.

Das gegenwärtige Wahlverfahren ist als Kompromißfindung entstanden. Mit der möglichen Verbindung von Gruppenwahl und Verhältniswahl wird der Minderheitenschutz überbetont. Das Verhältniswahlssystem als "größten Schwachpunkt der Wahlvorschriften" (Handelsblatt) zu bezeichnen, ist sicherlich übertrieben. Im politischen Raum ist diese Diskussion ja nicht neu. Auch das Mehrheitswahlssystem hat ja - wie man weiß - durchaus nicht nur Vorteile.

Die jüngste Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen hat in verschiedenen Anträgen gefordert, die gemeinsame Wahl als vorrangig vorzusehen. Diese Umkehrung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand müßte ein so großer Kraftakt nicht sein. Zur Durchsetzung dieser Forderung brauchen die Sozialdemokraten Verbündete. Es kann aber nicht verschwiegen werden, daß auch eine grundsätzliche Lösung denkbar ist, denn auf dem letzten Bundesparteitag in Hamburg wurde ein einheitlicher Arbeitnehmerbegriff gefordert.

Neben dem Vorrang der gemeinsamen Wahl werden auch andere Punkte zu überlegen sein. Die Forderung nach Vereinfachung der Wahlvorschriften wird von uns nachhaltig unterstützt. Dabei das "Handelsblatt" als Verbündeten zu haben, ist - zugegebenermaßen - eine neue Erfahrung.

(-/31.5.1978/ks/10)

Die Zwietracht der Rheumatologen geht weiter oder der Verteilungskampf der Ärzte

Gefahren für eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik

Von Klaus Immer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Kaum hatten sich Abgeordnete der drei Bundestagsfraktionen geeinigt, die Rheumabekämpfung ernsthaft in den Fachausschüssen des Deutschen Bundestages zu beraten, und eben besteht die Hoffnung, daß die Teilgebietsbezeichnung "Rheumatologe" beschlossen wird, da flammt erneut die Rivalität der rheumatologischen Gruppierungen innerhalb der Ärzteschaft auf.

Es kann sich dabei nur um einen ruinösen Verteilungskampf, einen Kampf um Patientenquoten und Arzthonorare handeln. Außerdem hofft jeder nur allein für sich auf Mittel des Bundesministeriums für Forschung und Technologie.

Da hat sich eine neue informelle Ärztegruppe gebildet, die Pate gestanden hat bei der Einbringung des Gruppenantrages "Rheumabekämpfung" im Deutschen Bundestag; schon macht ihr die Deutsche Rheuma-Liga, die über einige magere Veröffentlichungen nicht hinausgekommen ist, das Urheberrecht streitig. Sie versucht sogar, selbst bei der Pharmaindustrie zu intrigieren, weil sie Angst hat, daß ihr die Felle wegschwimmen (natürlich, wie sich das in der Rheumatologie versteht: die Katzenfelle). Es kann nach Meinung dieser Liga nicht angehen, daß das schon aufgeteilte Gebiet (zwischen "Rheuma-Liga" und der "Gesellschaft für Rheumatologie") noch mit einer informellen Gruppe junger Rheumatologen geteilt wird. Wer hat denn dann noch eine Kontrolle darüber, wer von wem Mittel bekommt. Die fachliche Qualifikation ist dabei ohne Belang. Und die (Pharma-)Lobby lacht dazu.

Sie fördert ohnedies wohl mit Absicht nur spärlich die etablierten Gruppen. Denn sie kann sich bislang darauf verlassen, daß von denen in naher Zukunft keine Gefahr droht. Die Pharmaindustrie fürchtet offenbar nichts mehr als Fortschritte in der sachgerechten Behandlung von Rheumakranken. Es ist für sie doch so bequem

und lukrativ, im Fernsehwerbefunk für sich zu werben: Kreuzschmerzen, Gelenkschmerzen lindern schnell und wirksam Antirheumatika. ("Wir wissen nicht, was der Tankwart dem armen Menschen empfohlen hat, aber wir..."). Es kümmert sie nicht, was wirklich hilft.

Solange die Rheumatologie bei uns in den Kinderschuhen steckt, solange die rheumatologischen Gruppen sich um ihre Kompetenzen streiten, einander gegenseitig wegbeißen, solange kann eine hocheffreute Pharmaindustrie ihre Produkte unkontrolliert absetzen.

Die "Rheuma-Liga", die "Gesellschaft für Rheumatologie" leisten im Augenblick dieser Entwicklung Vorschub. Beide haben nichts dazu beigetragen, die politische Bedeutung dieser Krankheit ins Blickfeld zu rücken. Sie versuchte, sich mit fremden Federn zu schmücken und die Früchte einzusammeln, die andere gesät haben.

Während sich Politiker aller drei Fraktionen bemühen, die "Volkskrankheit Nr. 1" in den Griff zu bekommen, giften die etablierten genannten Gruppen gegen eine neue Institution, nämlich die "Rheumatologische Arbeitsgruppe Bonn", deren Mitglieder wahrhaft nur ihren unbestreitbaren Sachverstand eingebracht haben, um endlich diese Volkskrankheit ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu bringen. Es ist angesichts der Not, in der die Erkrankten (rund 20 Millionen allgemein und rund 2 Millionen akut) leiden, schäbig, wie sich die sogenannten "Anwälte der Rheumatiker" benehmen.

Am schäbigsten benimmt sich allerdings die großmächtige Pharmaindustrie, die nicht bereit ist, sich an den Bemühungen der "Rheumatologischen Arbeitsgruppe Bonn" zu beteiligen. Sie will lieber weiterhin Betäubungsmittel verkaufen. Sie will verträsten statt heilen. Dann wundert sie sich noch, wenn eines Tages der Druck der Patienten und Versicherten so stark wird, daß nicht mehr der "Markt", sondern die medizinische Notwendigkeit über den Verbrauch von Medikamenten entscheidet. Was die Patienten aber am meisten zum Protest aufrufen müßte, ist die Tatsache, daß die selbsterwählten Fürsprecher, "Rheuma-Liga" und "Deutsche Gesellschaft für Rheumatologie" offenbar dieses zweifelhafte Geschäft unterstützen. (-/31.5.1978/ks/10)

Wer selbst im Glashaus sitzt...

Hasselmann vom Wahlkampfieber gebeutelt

Die Vorstellung der niedersächsischen SPD-Regierungsmannschaft durch den Ministerpräsidentenkandidaten Karl Ravens hat auf Seiten der CDU hektische Reaktion verursacht. Die unkontrollierten Ausfälle des niedersächsischen CDU-Vorsitzenden Hasselmann gegen die Regierungsmannschaft von Karl Ravens sind zwar mit der allgemeinen Nervosität der letzten Tage zu erklären. Begründet sind sie nicht.

Immerhin müßte sich Hasselmann erinnern, unter welch schweren Geburtswehen 1976 der Zufalls-Ministerpräsident Albrecht sein Kabinett zusammensammeln mußte. Hat es nicht von Februar 1976 bis Februar 1977 gedauert, bis er seine Regierung komplett hatte? Erst 1977 nämlich fand Albrecht einen Mann, der bereit war, in sein Kabinett als Wissenschaftsminister einzutreten.

Doch das mit einem Jahr Verspätung komplettierte Kabinett Albrecht hielt in dieser Form nur ein weiteres Jahr. Ende März 1978 schon mußte der erste der Albrecht-Mannen den Hut nehmen. Justizminister Hans Puvogel war ins Gerede gekommen, weil seine Dissertation von 1936 - eine von Nazi-Rassenideologie und Nazi-Parolen tiefende Arbeit - an die Öffentlichkeit geraten war. Albrecht trennte sich von seinem Justizminister, weil dieser zur Belastung für den niedersächsischen CDU-Wahlkampf hätte werden können und nicht etwa, wie der Ministerpräsident selbst zugab, weil er überzeugt gewesen wäre, daß Puvogel nicht oberster Dienstherr der Richter und Justizbeamten sein könne.

Keine zwei Monate nach der Affäre Puvogel sind zwei weitere Mitglieder des Albrecht-Kabinetts ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik geraten: Albrechts Paradedepfend, Finanzminister Kiep, und der FDP-Wirtschaftsminister Küpker. Ihnen wird vorgeworfen, ihre Aufsichtspflicht als Mitglieder des Aufsichtsrats der Norddeutschen Landesbank schuldig wahrgenommen zu haben. Beide hatten einer fünfjährigen Vertragsverlängerung zugunsten des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Nord LB, Dirksen, zugestimmt, obwohl gegen ihn staatsanwaltliche Ermittlungen wegen falscher Versicherung an Eides Statt und wegen Vorteilsannahme, was der passiven Bestechung gleichkommt, anhängig sind.

Der niedersächsischen CDU ist zu raten, in Sachen Kabinettsbildung und Kabinettszusammensetzung mit Kritik sehr zurückhaltend zu sein. Unter größeren Schwierigkeiten wie in Hannover unter der CDU ist in der Bundesrepublik selten ein Kabinett gebildet worden, das dann auch noch so schnell zu bröckeln begann.

Karl Ravens hat noch vor der Wahl den Wählern mitgeteilt, mit wem gemeinsam er Niedersachsen regieren will. Was es da kritisch und hämisch anzumerken gibt, kann nur der wissen, dem das Wahlkampfieber den letzten Rest von Gelassenheit genommen hat.

Hasselmann ins Stammbuch geschrieben: "Wer selbst im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen."

Helmut G. Schmidt
(-/31.5.1978/ks/10)